



Erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der vierteljähr. Pränumerations-Preis für Einheimische beträgt 6 Sgr.; auswärtige zahlen bei den königlichen Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittags 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3 spaltig, Corpuzzeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thurner Wochenblatt.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.

Donnerstag, den 24. Januar.

[Redakteur Ernst Lombeck.]

Politische Rundschau.

Landtag.

Abgeordnetenhaus. Sitzung am 21. Der Finanzminister Herr v. Patow legte das Budget und einen Gesetzentwurf wegen Forterhebung des Zuschlags zur Einkommen-, Klassen-, Schlacht- und Mählsteuer vor. Der Staatshaushalts-Etat pro 1861 schließt in der Einnahme mit 135,783,544 Thaler, in der Ausgabe mit 140,208,544 Thaler (und zwar 133,164,802 Thaler dauernde und 7,043,742 Thaler einmalige und außerordentliche Ausgaben), also mit einer Mehrausgabe von 4,425,000 Thaler ab. Zur Deckung soll, wie der Finanzminister näher erläuterte, der 25prozentige Zuschlag nebst den Ueberschüssen des Jahres 1859 dienen; außerdem könne bei den verschiedenen Verwaltungen auf eine Erhöhung der Einnahmen gerechnet werden. Die Frage ob der Gesetzentwurf über die Forterhebung des Zuschlages ebenfalls der Budgetkommission, wie der Finanzminister verlangte, oder der Finanzkommission zuzuwiesen sei, gab zu einer Diskussion Anlaß, welche den Charakter der neuen militärischen Einrichtungen berührte. Die Entscheidung wurde bis nach dem Drucke der Vorlagen vertagt.

Der Finanzminister legte ferner drei Gesetzentwürfe betreffend die anderweite Regulirung der Grundsteuer vor. Die wesentlichste Aenderung gegenüber den früheren Vorlagen betrifft die Fixirung der Grundsteuer aus den Liegenschaften auf 10 Mill. Thlr.; es fällt damit der frühere Vorschlag, die Grundsteuer auf 8 Proz. des Reinertrages festzusetzen. Der aufzubringende Mehrbetrag beträgt 2 Mill. wovon 719,000 Thlr. auf die bisher privilegierten Grundstücke kommen. Die Regierung hat dem Gesetzentwurf vollständige Instruktionen über die Repartirung der Grundsteuer beigelegt, wobei von der vorherigen Aufstellung eines förmlichen Katasters abgesehen wird.

Herrenhaus. In dem Entwurf der Ergebenheits-Adresse kommt folgende, sehr bemerkenswerthe Stelle vor: „Wir gedenken des Ausspruchs; daß von einem Bruche mit der Vergangenheit

nun und nimmermehr die Rede sein solle, daß das Wohl der Krone und des Landes auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruhe, daß man sich vor Allem vor der falschen Staatsweisheit zu hüten habe, als müsse die Regierung sich fort und fort treiben lassen, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen. (Also hübsch stille stehen soll unsere Staatsregierung, oder besser rückwärts gehen.)

Deutschland. Berlin, den 22. Januar. Wie die „Pos. Ztg.“ berichtet, beabsichtigt die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses folgenden Zusatz zur Adresse vorzuschlagen: „Die von den polnischen Unterthanen Ew. Majestät entsandten Deputirten legen an den Stufen des Thrones die unterthänigste Bitte nieder, daß dem Großherzogthum Posen der durch Traktate sanktionierte Name, den Bewohnern dieses Landes die Freiheiten der ihnen zuerkannten Nationalität wiederhergestellt werden.“ — Der „Staats-Anz.“ vom 21. meldet, über die Feier des Ordensfestes: „Das Krönungs- und Ordensfest wurde heute auf dem königlichen Schlosse hieselbst begangen, beschränkte sich jedoch, in Folge Allerh. Befehls, auf eine religiöse Feier. — Die „Preuß. Z.“ enthält folgende Mittheilung: „Es ist bekannt, daß König Friedrich Wilhelm IV. schon als Kronprinz einen lebhaften Antheil an den Staatsgeschäften genommen hat. Im Jahre 1819 wurde ihm, nachdem er schon seit mehreren Jahren den Sitzungen des Staats-Ministeriums beigewohnt hatte, von dem damals regierenden König auch eine Stimme im Staats-Ministerium, gleichwie den Staats-Ministern, beigelegt, und theilte er sich seitdem mit dem regsten und eingehendsten Interesse an den Beratungen und Beschlüssen des Staatsministeriums. Nach dem Tode Königs Friedrich Wilhelm III. wurde der Prinz von Preußen alsbald zu gleicher Stellung und Thätigkeit im Staats-Ministerium berufen und hat er sich derselben unausgesetzt bis zum Jahre 1848 gewidmet. Die Theilnahme des jetzigen Kronprinzen an den Staatsgeschäften hat mit Allerhöchster Genehmigung im Jahre 1855 begonnen. Um zu-

nächst von der Thätigkeit der einzelnen Ministerien Kenntniß zu nehmen, wohnte Höchstderselbe häufig den Konferenzen in den Ministerien des Krieges, des Innern, der Finanzen und des Handels bei, nachdem ihm von den darin zur Berathung kommenden Gegenständen jedesmal Anzeige gemacht worden war, und ließ sich auch über bedeutendere Angelegenheiten von den Referenten besondere Vorträge halten. Seit dem November 1855 nimmt Höchstderselbe aber regelmäßig an den Konferenzen des Staats-Ministeriums Theil und werden ihm die Vortragsverzeichnisse mit den bezüglichen Vorlagen zu jeder Sitzung vorher zugestellt. Zugleich wird ihm auch noch fortdauernd von den wichtigeren Verhandlungen in den verschiedenen Ministerien Mittheilung gemacht, die ihm dann Veranlassung geben, den ausführlichen Vortrag einzelner Gegenstände anzunehmen.“ — Wie es heißt, wird der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Dr. Flottwell, nunmehr seinen Abschied nehmen. Flottwell steht im 57. Dienstjahre. — Der Obertribunals-Rath Dr. Waldeck ist keiner Fraktion im Hause der Abgeordneten beigetreten. — Im 3. hiesigen Wahlbezirk soll bei Heinrich v. Arnims Nachwahl Dr. Johann Jacobi aufgestellt werden. — Wie schon berichtet, wird der Helm als Kopfbedeckung der Landwehr in Zukunft weggelassen und durch einen Tzako in ähnlicher Weise, wie die Jäger ihn tragen, ersetzt werden. Nachträglich ist jedoch nunmehr ein Kriegs-Ministerial-Erlaß erschienen, wonach vor der Hand nur die Landwehroffiziere zweiten Aufgebots mit einem solchen Tzako versehen werden, die Landwehroffiziere ersten Aufgebotes aber mit Rücksicht darauf daß dieselben vielfach zur Linie commandirt werden, den bisherigen Helm beibehalten sollen. — Der Ausschuß des Nationalvereins tagt am 20. in Coburg in zahlreicher Weise in unsern Mauern und seine Beschlüsse werden voraussichtlich diesmal von noch erhöhter Bedeutung sein. — In Lauenburg ist der Nationalverein offiziell verboten worden wegen des von den holsteinischen Mitgliedern am 13. Januar in Kiel gefaßten Beschlusses demzufolge diesel-

Ergebnisse des Zunftwesens

(nach statistischen Ermittlungen.)

Die kürzlich erwähnte Schrift von Dr. Henrich in Dresden über die Gewerbefreiheit enthält anziehende Aufschlüsse über die Entwicklung und die Lage des Gewerbewesens in Sachsen. Die aus amtlichen

Quellen geschöpften Zahlenangaben über die Zünfte zeigen, wie wenig dieselben geeignet sind, die Gewerbe zu heben, sondern nur den eigennützigen Zwecken der Berechtigten dienen. Aus der Uebersichtstabelle der Innungsmeister geht hervor, daß von 1846 bis 1856 die Zahl derselben sich ebenso wie in Frankfurt beträchtlich vermindert hat (von 53,000 auf 46,000). Bringt man dabei die Vermehrung der Bevölkerung in Anschlag, so ist die Abnahme noch bedeutender. Es erhellet daraus zunächst, daß die Klagen der zünftigen Handwerker wegen Uebersetzung der Gewerke nicht begründet ist; wenn diese also doch schlechter stehen oder Meister zu Grunde gegangen sind, so ist Mangel an Schutz nicht Schuld daran. Ist schon die Zahl der Meister gering, so ist es die der Gehilfen noch mehr; auf dem Lande kommen auf 2 Meister kaum 3 Gefellen und Lehrlinge, und in den Städten wenig mehr. Es läßt sich also die Abnahme der Meister auch nicht aus der Vergrößerung der Geschäfte erklären, sondern es ist eine effektive Verringerung des Betriebes der Handwerke; Fabriken und Handel ersetzen

den Ausfall. Die Bäcker z. B. haben von 1836—1856 von 3543 auf 3045 sich vermindert, die Böttcher von 1629 auf 1542, die Drechsler von 563 auf 331, die Gürtler von 208 auf 193, die Fleischer von 4189 (1846) auf 3266, die Instrumentmacher von 529 auf 389. Vermehrt haben sich alle die Handwerke, welche mit der Großindustrie in Verbindung stehen, die Maler, Tuchmacher, Posamentirer u. dgl. Der Rückgang der zünftigen Gewerbe ist ein ziemlich gleichmäßiger im ganzen Lande und nicht auf einzelne Städte beschränkt. In Leipzig sind nur 5 Gewerbe mit der Bevölkerung gestiegen, die übrigen 26 aber zurückgeblieben: in Dresden ist nur eines der Bevölkerung gleich geblieben; in Chemnitz desgleichen; die übrigen 31 sind zurückgeblieben; Plauen 2 gleich, 14 zurück; Zittau von 21 nur 3 vorangeschritten, in Freiburg von 23 nur 5, Glauchau von 18 nur 1, Bautzen von 22 nur 4; sonst alles zurückgeblieben. Diese Zahlen gewähren einen tiefen Einblick in die Wirkung des Zunftwesens, das wie Saturn die eigenen Kinder vertilgt. — Das entgegengesetzte Bild

*) Obiger Artikel ist der Zeitschrift „der Arbeitgeber“ von Franz und Max Wirth (Frankfurt a. M.) entnommen auf welche wir unsere Gewerbetreibenden und Techniker abermals aufmerksam zu machen uns erlauben. Das treffliche Blatt erörtert nicht nur die volkswirtschaftlichen Fragen in einer für allgemein verständlichen Weise, sondern bringt auch Mittheilungen über die Fortschritte, welche auf gewerblich-technischen Gebieten gemacht werden. Der Preis dieser Wochenchrift, welche bei allen Postämtern und Buchhändlern bestellt werden kann, beträgt auf's Vierteljahr 24 Sgr. Wenn sich drei Gewerbetreibende zum Halten dieses Blattes vereinigen, so zahlt jeder von ihnen 8 Sgr. — und das ist denn doch eine sehr geringe Ausgabe für ein sehr nützliches Lektüre. Noch bemerken wir, daß „der Arbeitgeber“ zur Lektüre im Lokale des Handwerker-Vereins bei Hrn. Hildebrandt ausliegt.

Die Redaktion.

ben es als ihre besondere Aufgabe erkennen, auf die Wiederherstellung und weitere Ausbildung der alten Verbindung Schleswigs mit Holstein und auf den engsten Anschluß an das centralisirte Deutschland hinzuwirken.

Hamburg, 21. Jan. Die englische Regierung hat auf Belgoland die erforderlichen Vorerhebungen angeordnet, um für den Fall eines bewaffneten Konfliktes zwischen Deutschland und Dänemark eine größere Anzahl Truppen dorthin legen zu können, und in Verbindung damit englische Kriegsschiffe bei der Insel Station nehmen zu lassen.

Oesterreich. Das Verbot der Aus- und Durchfuhr von Waffen und Waffenbestandtheilen jeder Art, dann von Munition und Munitionsgegenständen, als: Kali-Salpeter, Schwefel und Blei, über die Grenzen gegen die Moldau, die Walachei und Serbien ist erneuert worden. Die „Wiener Z.“ enthält folgende Mittheilung: „Die gewaltigen Vorgänge des Neutraer Komitates gegenüber dem dortigen Gerichtshofe haben die Regierung veranlaßt, dieser offenbaren Ablehnung mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Nach einer telegraphischen Anzeige ist der dortige Gerichtshof ohne Anwendung physischer Gewalt in seinen früheren Wirkungskreis eingesetzt und gesegliche Wirksamkeit seiner Organe ermöglicht worden.“ — Aus Pesth wird vom 19. d. M. der „Presse“ telegraphirt: „Die hiesige Handelskammer hat das von ihr geforderte Gutachten an das Finanzministerium über die Mittel zur Herstellung der Valuta dahin abgegeben, daß unverbrüchliches Festhalten am Konstitutionalismus und der Verkauf Venetiens, das ein Krebsgeschaden der Monarchie sei, die einzigen Mittel sind, welche, verstärkt durch Ersparnisse im Staatshaushalt und Opferfreudigkeit der Landtage, eine Besserung in den Valutaverhältnissen herbeizuführen vermöchten.“ — Der Krakauer „Ezsa“ theilt in einer aus Wien, 14. d., datirten Korrespondenz die Hauptpunkte des Entwurfs des Landesstatuts für Galizien mit. Dasselbe setzt fest: Einen Landtag für ganz Galizien. Die Wahlen finden nach dem Grundsatz der Interessenvertretung statt. Jedenfalls mehr als hundert Mitglieder; davon ein Drittel aus dem größeren Grundbesitz mit unmittelbaren Wahlen. Ein Drittel aus den größeren Städten, ebenfalls unmittelbar. Endlich aus den Landgemeinden, zu denen die kleineren Städte gehören. Außerdem sind noch Landtagsmitglieder: der Landeshauptmann, die beiden Femberger Erzbischöfe (römisch- und griechisch-katholisch), dann der evangelische Superintendent. Die Wahl gilt für sechs Jahre. Die Eröffnung des Landtages soll am 2. April, wie in Ungarn, stattfinden. Die Attributionen namentlich des galizischen Landtages wären: Verbesserung des Wahlgesetzes; Verathung über das Gemeindegesetz, die Wünsche und Bedürfnisse des Landes; Beschluß über das Landesbudget; Verathung über die vom Reichsrathe oder Reichstage dem Lande zugewiesenen Lasten; die Dauer der Landtagssession ist auf sechs Wochen festgesetzt und nach Beendigung derselben tritt der Landtagauschuß seine Funktionen an; Wahl der Reichstagsmitglieder.

weist die Fabrikindustrie in Sachsen auf, welche im Zusammenhange mit der Hausindustrie eine bedeutende Vermehrung der Arbeiter und der selbstständig arbeitenden Meister veranlaßt.

Höchst bemerkenswerth sind ferner die Tabellen, welche das Mensch'sche Werk über die Kosten des Kunstwesens (Kostsprechen, Meisterwerden, Prozesse) enthält. Das Aufnehmen und Kostsprechen der Lehrlinge kostet 2–20 und sogar 23 Thlr. (bei den Tuchmachern in Abores), das Bürger- und Meisterrecht 20–265 Thlr. (Chemnitz), so daß, abgesehen von Meisterstück, Stempeltaxe und Bewirthung auf der Herberge, jedem Anfänger bis 280 Thlr. d. h. gerade das zum Beginn nöthige Kapital von vornherein abgenommen wird. Außerdem sind bedeutende Projektkosten jährlich zu bezahlen, welche bei den Bäckern in Stolpen bis auf 500 Thlr. gestiegen. Und alles dies sind unproductive, nutzlose Ausgaben, welche weder zur Vermehrung der Production, noch zur Belebung der Industrie und des Handels beitragen. Die Realrechte werden nach eigener Angabe der Innungen etwas mäßiger, als in

Frankreich. Herr Thouvenel hat gestern dem diplomatischen Corps Erklärungen über die gegenwärtige Umgestaltung des französischen Armeewesens gegeben, die auf verschiedenen Seiten Veranlassung zu Anfragen gegeben hatte. Es versteht sich von selbst, daß Herr Thouvenel sehr beruhigende Aufschlüsse über den fraglichen Punkt ertheilt hat. In einem Rundschreiben an die auswärtigen Vertreter des Kaiserreiches entwirft Herr Thouvenel gleichfalls eine sehr friedliche Schilderung der französischen Politik, welche nur darauf bedacht sei, mit allen europäischen Mächten in Eintracht und Ruhe zu leben.

Großbritannien. Nach in London am 21. eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 8. d. waren einige Militär-Verstärkungen nach dem Süden gesandt worden. Die Bevölkerung von Charleston hatte ein Schiff mit Truppen an Bord an der Landung gewaltsam gehindert. Nach weiteren Nachrichten wird Seward unter Lincoln's Präsidenten Premier sein. — Berichte aus Mexiko melden, daß Miramon vollständig geschlagen worden sei und daß die Liberalen die Hauptstadt genommen haben.

Italien. Das Sanfedistische Comité (Comité zur Wahrung des heiligen Glaubens) in Rom hat im Einverständnisse mit dem Kriegsminister Mgr. Merode in der letzten Zeit die kräftigsten Anstrengungen gemacht, um der Sache der Bourbonen und der Reaktion in Neapel zu Hilfe zu kommen, und Haufen von Bewaffneten wurden an die neapolitanische Grenze geschickt. Einem Theil gelang es, in der Gegend von Sora durchzudringen. Sie wurden aber von den Nationalgarden, unterstützt durch eine geringe Anzahl regulärer Truppen des italienischen Heeres empfangen und zerstreut. Ein anderer Haufen wurde bei Norcia in Umbrien ebenfalls zersprengt, und der neuernannte General-Intendant von Umbrien, Marchese Qualterio, nahm Gelegenheit in einem besonderen Aufrufe das Verhalten der Einwohner und der Nationalgarden zu belohnen. In Folge dieser Ereignisse und anderer Vorkehrungen, die von Sanfedisten offen in Rom und an der neapolitanischen Grenze getroffen werden, sind zwischen Mgr. Merode und dem General Goyon Erklärungen gewechselt worden, welche die schlechten Beziehungen des römischen Hofes zur französischen Regierung kundgeben. General Goyon soll mit Rücksicht auf diese Vorfälle neue Verhaltensbefehle von Paris erbeten haben. Die Bourbonische Reaktion an den römischen Grenzen hat einen bedeutenden Schlag durch die Gefangennehmung des Generals Ruggiero und des Obersten Trebiant erhalten, welche nach dem Castell dell'Uovo in Neapel abgeführt werden. Sie waren von Rom und Gaeta aus beauftragt, die reaktionären Banden zwischen Capua und der Festung zu organisiren und das Heer der Belagerer damit im Rücken zu beunruhigen. — Cavour will einen vorzeitigen Angriff in Venetien um jeden Preis verhindern, und so lange er am Ruder ist, wird er es auch thun. Nun rührt aber die Furcht vor einem Kriege lediglich von den Garibaldi zugeschriebenen Plänen her, und so wie dieser sich bereit erklärt oder sich gezwungen sieht, seine Projecte zu vertragen, ist der Friede, wenigstens in so weit er

von Italiens Initiative abhängt, gesichert. — Die „Opinione“ vom 21. sagt: „An der päpstlichen Grenze stehen bei 4000 Mann neapolitanischer Truppen, welche in die Gebirge Morino einfallen sollen; eine zweite Abtheilung sammelt sich bei Verole; dieselbe soll bestimmt sein, Sora zu occupiren. Lagrange unterstützt mit anderen Abtheilungen vom päpstlichen Gebiete aus die reaktionären Bewegungen in den jenseitigen Abruzzen. Die Eingangs erwähnte Abtheilung bezweckt, die Provinz Terra di Lavoro im Rücken des piemontesischen Belagerungs-Corps zu insurgiren.“

Provinzielles.

Lebbau, den 17. Januar. Unter den hiesigen Handwerkern hatte sich vor einiger Zeit das sonderbare Gerücht verbreitet, daß ein Commissär der Regierung herumreise und die Innungssassen mit Beschlag belege. Einige Innungen hatten deshalb nicht übel Lust, das Geld in anderer Weise zu verthun und nur der Vermittelung einiger einflußreichen Personen, die das Thörichte einer solchen Meinung klar bewiesen, ist es zuzuschreiben, daß sie von ihrem Vorhaben abstanden. Nach einzelnen Äußerungen scheint es das Schreckgespenst der Gewerbefreiheit zu sein, dem ängstliche und sich wenig um die Ideen und Bestrebungen der neueren Zeit kümmernde Gemüther, die Gestalt eines Commissärs gegeben haben. — Gegen die Anstellung eines vierten Rechtsanwalts hier ist von verschiedenen Seiten petitionirt worden. — Der Regierungs-Assessor Rospat aus Gumbinnen ist mit der provisorischen Leitung der Landrathsgeschäfte des hiesigen Kreises betraut worden.

Dirschau. Im „technischen Verein“ zu Stettin ist wiederholt behauptet, daß nach Nachrichten aus Berlin am Mauerwerke der hiesigen großen Weichselbrücke sich Symptome gezeigt hätten, welche zu Befürchtungen für die Haltbarkeit derselben Veranlassung böten. Der verwendete Cement soll daran die Schuld tragen. Ohne Zweifel wird unverzüglich diese Befürchtung gründlich untersucht und falls sie sich bestätigen sollte beseitigt werden.

Elbing, den 21. Januar. Wegen des starken Schneetreibens verspätete heute der Königsberger Personen- und Lokalizug, so wie der Berliner Schnellzug um mehrere Stunden.

Danzig, den 22. Januar. Die Commission, welcher der in der Stadtverordneten-Versammlung von Dr. Pisko gestellte Antrag, betreffend die Erhöhung der Gehälter der Elementarlehrer zur Verathung übergeben war, hat gestern eine Sitzung gehabt. Wie wir hören, ist die Commission von dem richtigen Gesichtspunkte bei ihren Verathungen ausgegangen, daß eine Erhöhung der Lehrergehälter allein und ohne anderweitige vollständige Reorganisation unseres Schulwesens, immer nur in sehr beschränktem Maße die gerechten Forderungen der Vertreter der Stadt und sämmtlicher Bürger erfüllen würden. Die Verathungen der Commission werden sich daher auch auf andere klar zu Tage liegende Uebelstände in dem Schulwesen, an denen man mit eigenthümlicher Zähigkeit bisher festgehalten

Bayern (wo man, wie es scheint, Wohnungen und Werkstätten mitgerechnet hat) auf 886,000 Thlr. geschätzt. — Eine ausführliche Statistik der Handwerke Sachsens, verglichen mit anderen deutschen Staaten, so weit eine solche bei den beschränkten vorhandenen Angaben möglich ist, enthält das Octoberheft der Zeitschrift des stat. B. in Berlin. Es ergibt sich aus derselben, daß die Gewerbeverfassung, was wir schon oft behauptet, nicht den Einfluß auf die Zahl der selbstständigen Meister hat, als man gewöhnlich annimmt.

Preußen z. B. zeigt keineswegs die große Zahl selbstständiger Gewerbetreibenden, welche doch von 1810 bis 1846 erreicht worden sein müßte, wenn sich bei Gewerbefreiheit Alles nach den Handwerken und nach selbstständiger Etablierung drängte. Selbst nach dem Handel ist der Zudrang keineswegs so auffallend. Man kann hiernach wohl sagen, bemerkt die gen. Zeitschr., daß, wenn die übrigen Bedingungen dazu nicht gegeben sind, auch in gewerbefreien Ländern die Meister sich nicht zu rasch vermehren und daß, wo sich diese Bedingungen vorfinden, auch die Kunstver-

fassung ein rasches Anwachsen der Meisterzahl selbst über das reelle Bedürfnis hinaus (d. h. unter gleichzeitiger Abnahme des Hülfspersonals) nichts hindert. Aber die Kunstverfassung führt die einmal eingetretene Vermehrung an Meistern länger fort, weil sie den Wechsel des Gewerbes erschwert und die Folge davon ist ein größeres Verhältniß der verarmten Meister. An gewissen Handwerkszweigen ist die in Handel und Industrie regsame Bevölkerung an sich schon ein consumtionsbedürftiger. Es sind dies die Bekleidungsgegenstände, Metallwaaren, auch Gebäude.

Ferner zeigen die angeführten Zahlen und Tabellen, daß neben entwickelter Fabrikindustrie und entwickeltem Handel auch eine verhältnismäßig größere Zahl von Handwerkern bestehen kann.

*) Für Bremen, wo Kunstzwang herrscht, ist jüngst noch im Vergleich zu dem gewerbefreien Bremerhafen aus den Steuerverhältnissen nachgewiesen worden, daß am ersteren Orte viel mehr arme Meister wohnen. Freilich ist Bremerhafen ein rasch aufblühender, wachsender Ort.

